

Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Dienstag, 14. November 2017 · Nr. 265 · 238. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 4.70 · € 4.70



WILLI KELLER

Der Brand im Burghölzli

Am 6. März 1971 bricht in der Zürcher Klinik Burghölzli ein Feuer aus. Da die Rettungskräfte keine Schlüssel zu den Türen besitzen, lässt die Brandwache diese sprengen. Die Hilfe kommt jedoch zu spät – 28 Patienten sterben. Ein neues Buch zeichnet die Ereignisse nach und stellt den damaligen Alltag den neuen Entwicklungen in der Psychiatrie gegenüber. *Zürich und Region, Seite 19*

Toleranz für Terroristen

Der Palästinenser Abu Nidal konnte sich in der Schweiz jahrelang frei bewegen

–yr. · Sabri al-Banna, besser bekannt als Abu Nidal, reiste in den 1980er Jahren regelmässig in die Schweiz. Das war den hiesigen Sicherheitsbehörden bekannt, wie Recherchen der NZZ ergeben haben. Nach Abu Nidal wurde damals international gefahndet. Ein italienisches Gericht hatte ihn beispielsweise in Abwesenheit zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Dem Palästinenser wurde ein Doppelanschlag auf die Flughäfen in Rom und in Wien zur Last gelegt. In beiden Fällen waren Abu Nidals Gefolgsleute über die Schweiz an die Tatorte gereist.

Dass Terroristen in einzelnen Ländern protegiert wurden, war damals keine Seltenheit. Man versuchte damit, die Garantie zu erhalten, von Anschlägen verschont zu bleiben. Im Fall von Abu Nidal sind derartige Abkommen mit Österreich, Frankreich und mehreren Ländern aus dem damaligen Ostblock bekannt. Die Schweiz hingegen

hat nach bisherigem Erkenntnisstand kein solches Agreement mit der Abu-Nidal-Organisation abgeschlossen.

Umso erstaunlicher mutet es an, dass das Terrornetzwerk in der Nähe von Zürich sogar über einen Geschäftssitz verfügte. Auch das war der Bundesanwaltschaft bekannt, wie aus verschiedenen Entscheidungen und Verfügungen hervorgeht, die der NZZ vorliegen. Der jordanische Direktor des Handelsunternehmens erhielt vom Kanton Zürich eine Arbeitsbewilligung. Später fiel er bei Abu Nidal in Ungnade und wurde liquidiert.

Unrühmlich in Erinnerung ist der palästinensische Terror-Chef auch wegen zweier Entführungen von Schweizer IKRK-Delegierten in Libanon, die seiner Organisation zur Last gelegt werden. Im Zusammenhang mit diesen zwei Geiselnahmen Ende der 1980er Jahre liegen neue Erkenntnisse vor. Eine besondere Rolle spielte dabei offenbar

Yasir Arafat. Als der langjährige PLO-Chef in den USA nicht einreisen durfte, bot ihm die Schweiz Gastrecht an, damit er vor der Uno-Vollversammlung in Genf wie geplant seine Rede halten konnte. Arafat dankte es der Schweiz auf spezielle Weise.

Die Akte Abu Nidal, die aus heutiger Sicht erstaunlich bis befremdlich wirkt, ist in keiner Weise aufgearbeitet. Sie zeigt exemplarisch, wie tolerant sich die Schweizer Behörden damals gegenüber gefährlichen Terroristen verhielten. In der Hoffnung, Schaden vom eigenen Land abzuhalten, duldeten man ihre Anwesenheit. Für die westlichen Geheimdienste galt die Schweiz deshalb als «schwarzes Loch mitten in Europa». Insbesondere die USA warfen den hiesigen Behörden unkooperatives Verhalten vor. Das wird in einer weiteren Folge der losen Serie «Die Schweiz im Schatten des Terrors» aufgezeigt werden. *Schweiz, Seite 15*

40 000 Flüchtlinge in Europa verteilen

Auch die Schweiz nimmt afrikanische Migranten auf

In den libyschen Auffanglagern, wo Tausende von Menschen auf die Überfahrt nach Europa warten, herrschen unhaltbare Zustände. Europäische und afrikanische Länder möchten die Flüchtlinge nun besser schützen.

VALERIE ZASLAWSKI, BERN

Tausende von Flüchtlingen sind auf ihren Migrationsrouten in Richtung Nordafrika und Europa täglich Menschenhändlern ausgeliefert, werden Opfer von Erpressung oder Gewalt. Viele sterben bereits auf der Fahrt durch die Wüste. Zudem sind seit Anfang Jahr 150 000 Personen in ein Boot gestiegen, um das Mittelmeer zu überqueren, 3000 von ihnen überlebten die Reise nicht. Der Schutz dieser Menschen soll nun erhöht werden. An einem Treffen der Kontaktgruppe zentrales Mittelmeer in Bern haben dreizehn europäische und afrikanische Staaten eine Deklaration mit ebendiesem Ziel verabschiedet.

Herzstück der Absichtserklärung bildet das geplante Resettlement-Programm: 40 000 Personen, die besonderen Schutz benötigen, sollen auf europäische Länder verteilt werden. Dies forderte das Uno-Hochkommissariat für Flüchtlinge bereits im August. Den Anfang möchte Frankreich machen, nachdem vergangene Woche 25 anerkannte Flüchtlinge erfolgreich von Libyen in das Nachbarland Niger haben evakuiert werden können, wo sie bis zu ihrem Transfer ein temporäres Bleiberecht erhalten haben.

Kritik von allen Seiten

Auch die Schweiz zeigt sich bereit, schutzbedürftige Menschen wie Frauen oder Kinder aufzunehmen. «Es braucht Pilotprojekte für legale Migration», präzisierte Sommaruga. Dazu gehörten auch das Resettlement sowie Ausbildungsprogramme oder Praktikumsplätze. Laut dem Staatssekretariat für Migration ist noch unklar, wie viele Flüchtlinge die Schweiz aufnehmen wird. Entscheiden wird dies der Bundesrat wohl noch dieses Jahr, auch die Kantone werden in den Prozess involviert. Zu rechnen ist mit weniger als 1000. Bereits im Vorfeld der Konferenz erntete die Justizministerin von allen Seiten Kritik für ihr Vorhaben. Vereinzelt Exponenten von SVP, FDP und CVP erteilten den Plänen in Sonntagsmedien eine Absage. Auch NGO zeigten sich enttäuscht; sie forderten grosszügigere Möglichkeiten für eine legale Migration, sprich offene Grenzen. Und Linksautonome kündigten im Internet «Aktionstage gegen die Festung Europa» an. Sie schnitten in Bern Maschendrahtzäune auf, um so ihre Solidarität mit Menschen auf der Flucht auszudrücken. Zu Manifestationen kam es hingegen nicht, das Gelände war grosszügig abgesperrt.

Es war das dritte Treffen der Kontaktgruppe in diesem Jahr. In Rom und Tunis einigte man sich auf eine Verstärkung der libyschen Küstenwache sowie Grenzkontrollen im Süden Libyens. Ins Leben gerufen worden war die Gruppe durch den italienischen Innenminister Marco Minniti. Er war krankheitshalber abwesend. Auch der deutsche Minister fehlte. Dafür waren erstmals auch Vertreter der EU, des UNHCR, der internationalen Migrationsorganisation und des Roten Kreuzes anwesend. *Meinung & Debatte, Seite 11*

«Mehr als schöne Worte»

Die Gruppe kam auf Einladung von Bundesrätin Simonetta Sommaruga zusammen. Als Nachbarstaat Italiens ist die Schweiz von der Asylpolitik der EU stark betroffen, weshalb auch sie sich am Dialog mit der internationalen Staatengemeinschaft beteiligt. Wie die Justizministerin betonte, sind erwartungsgemäss keine Entscheide getroffen worden. Man sei zusammengekommen, um sich auszutauschen. Dennoch versicherte sie: «Es sind mehr als schöne Worte!» Es seien Empfehlungen an die Akteure, welche die vorgesehenen Programme umzusetzen haben. Konkret festgelegt wurden Prioritäten für die weitere Zusammenarbeit: So müssten internationale Organisationen künftig Zugang zu den libyschen Auffanglagern erhalten, in denen schockierende Umstände herrschten, sagte Sommaruga. Einen Schwerpunkt legten die Minister der Mittelmeerländer weiter auf die Rückkehrprogramme. Gestrandete Migranten sollen laut der gemeinsamen Deklaration Unterstützung erhalten, um in ihre Herkunftsländer zurückkehren zu können. Auch sollen dort Alternativen zur irregulären Migration geschaffen und deren Ursachen bekämpft werden.



TITO
Kroatien weiss nicht, wie es mit den Gedenkorten des ehemaligen Diktators umgehen soll *SEITE 7*

OSTIA
Ein Klima der Angst und Omertà im idyllischen Badeort *SEITE 3*

ERDBEBEN
Versöhnliche Geste Erdogans an die Kurden *SEITE 22*

ZU WENIG VERDACHTSMOMENTE
Kein Verfahren gegen UBS wegen Manipulationen *SEITE 23*



WINDKRAFT
Die Entwicklung in der Schweiz stockt durch Einsparungen – alle Beteiligten hoffen auf Präzedenzfälle *SEITE 13*

VERMÖGENSVERWALTUNG
Die Digitalisierung kommt, wenn auch langsam *SEITE 28*

PETER HANDKE
Fast nur schweigend wandert die Obstdiebin durchs Land *SEITE 35*

0:0 GEGEN SCHWEDEN
Italien verpasst die Qualifikation für die Fussball-WM *SEITE 42*

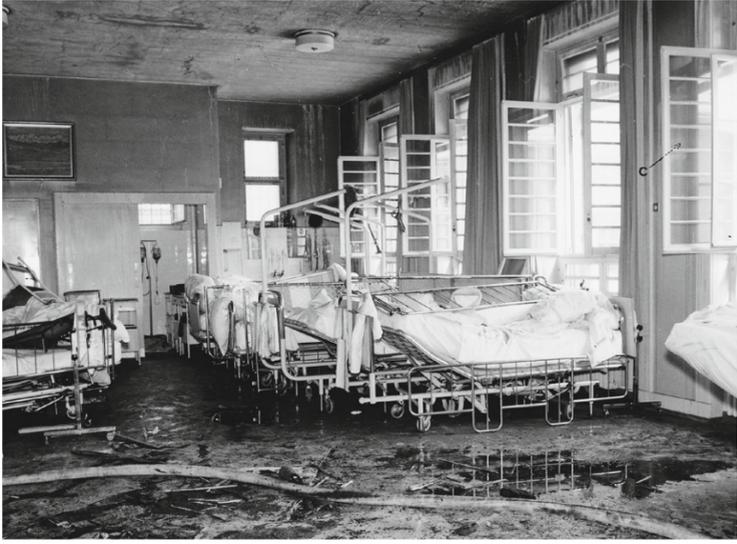
WETTER
Im Norden beginnt der Tag oft mit Hochnebel. Später zeigt sich immer öfter die Sonne. In den Bergen und im Süden viel blauer Himmel. *SEITE 21*

TV/Radio 40, Traueranzeigen 16
Sportresultate 41, Kino 38

NZZ www.nzz.ch

Redaktion und Verlag: Neue Zürcher Zeitung, Falkenstrasse 11, Postfach, 8021 Zürich, Telefon: +41 44 258 11 11, Leserservice/Abonnements: +41 44 258 10 00, weitere Angaben im Impressum Seite 9





Der ganz normale Alltag in einer psychiatrischen Klinik – festgehalten von einem Pfleger, der sich später als Fotograf selbständig machte.



BILDER WILLI KELLER

Hinter verschlossenen Türen erstickt

1971 sterben bei einem Brand im Burghölzli 28 Patienten – ein Buch beleuchtet den damaligen Klinikalltag

DOROTHEE VÖGELI

Dicker Rauch schlägt am Morgen des 6. März 1971 einem Nachtpfleger entgegen, als er von einem Rundgang ins Stationszimmer zurückkehrt. Rasend schnell breiten sich die giftigen Schwaden in der geriatrischen Männerabteilung C1 des Burghölzli aus. Die Rettungskräfte sind rasch zur Stelle. Aber sie haben keine Schlüssel, um die Türen und vergitterten Fenster zu öffnen. Als schliesslich die städtische Brandwache die Türen sprengt, kommt für die Mehrzahl der 43 Patienten jegliche Hilfe zu spät. 28 Menschen sterben, die meisten erstickten im Schlaf. Jene, die sich zu retten versuchen, scheitern an den verschlossenen Türen und vergitterten Fenstern.

Viele dieser Patienten hat der damalige Psychiatriepfleger Willi Keller wenige Monate vor der Brandkatastrophe fotografiert. Mit dem Einverständnis der Klinikleitung dokumentierte er den Alltag einer der Öffentlichkeit unbekannt Welt, auch im Hinblick auf eine Ausstellung. Nach dem tragischen Ereignis war niemandem mehr danach zumute. Die Bilder gerieten in Vergessenheit – bis Keller sie 43 Jahre später wieder entdeckte. Für das Staatsarchiv war der Fund ein Glücksfall. Denn im Zuge der gegenwärtigen Aufarbeitung der fürsorglichen Zwangsmassnahmen in der Schweiz spielen die psychiatrischen Kliniken eine zentrale Rolle.

Eine Hommage an die Opfer

Gleichzeitig fiel die Brandkatastrophe in eine Zeit des gesellschaftlichen Um- und Aufbruchs, die auch die Psychiatrie erfasst hatte. Zusammen mit dem Fotografen Keller und dem Chronos-Verlag lancierte das Staatsarchiv deshalb das Buchprojekt «Eingeschlossen», für das es zwei erfahrene Fachleute, Sabine Jenzer und Thomas Meier von der Beratungsstelle Landesgeschichte, ins Boot holen konnte. Auch der Regierungsrat war vom Projekt überzeugt. 2015 sprach er einen Kredit aus dem Lotteriefonds. Damit finanzierte er den Hauptteil der eben erschie-

nenen Publikation, die sich als eine Hommage an die 28 Männer versteht, die am 6. März 1971 ums Leben kamen.

Als Pfleger hatte Willi Keller mit ihnen Tage und Nächte verbracht. Er war mit ihren Nöten, ihren wechselnden Stimmungen vertraut. Er kannte die Tages- und Arbeitsabläufe, die beengenden Platzverhältnisse und die Monotonie des Anstaltslebens, von denen seine Momentaufnahmen zeugen. Sie stehen im Zentrum des Buchs. Insider Keller, der seit 1972 als freischaffender Kunstmaler und Fotograf tätig ist, verfasste auch die Bildbeschreibungen. Er protokolliert und bleibt dabei nah an den Patienten. Sein Blick ist respektvoll, nie anklagend. Trotz aller Trostlosigkeit blüht immer wieder auch Heiterkeit auf.

In der Presse und auf der politischen Bühne schlug die Brandkatastrophe hohe Wellen. Minuziös zeichnen Sabine Jenzer und Thomas Meier im ersten Teil des Buchs auch die juristische Aufarbeitung des «schicksalsschweren Tags» nach, wie die NZZ damals schrieb. In die Schusslinie war zunächst der Nachtpfleger der Abteilung C1 geraten, der später freigesprochen wurde. Dass im Stationszimmer der Brandherd war, bezweifelten die Brandschutzexperten nicht, die genaue Ursache blieb jedoch ungeklärt.

Das im Burghölzli herrschende Sparregime wurde in der Presse Gegenstand hitziger Polemiken. Denn zum Ausmass des Unglücks hatte beigetragen, dass der völlig renovationsbedürftige Trakt C seit Monaten im Umbau war, wie der Verwaltungsdirektor am Tag des Brandunglücks einräumte. Weil die Hälfte dieses Traktes unbewohnbar war, herrschte noch mehr Platznot als sonst. Wegen des Feuers schmolzen die Pasticabdeckungen und Kunststoffwände, die vor Staub und Baulärm schützen sollten. An den giftigen Dämpfen starben hauptsächlich bettlägerige Männer, die aus Kostengründen nicht in ein Provisorium verlegt worden waren.

Seit den 1920er Jahren war die Platznot in der Psychiatrie ein Thema. Um die Kliniken Rheinau und Burghölzli zu entlasten, wurde bereits damals ein Raumprogramm für eine dritte Anstalt er-

arbeitet. Anfang der 1930er Jahre schubladisierte die Regierung die Pläne wegen ungünstiger Finanzlage.

Nach dem Zweiten Weltkrieg folgte ein neuer Anlauf. Entgegen der Meinung der Ärzte aller Fraktionen sprach sich aber die Mehrheit des Kantonsrats gegen den Bau einer dritten Klinik aus, derweil Klinikdirektor Manfred Bleuler von unhaltbaren Zuständen sprach. Obwohl Matratzen für Schwerstkranke auf dem Boden ausgelegt wurden, konnte das Burghölzli nicht mehr alle Patienten aufnehmen. Bleuler warnte vor Epidemien und zunehmender Gewalttätigkeit. 1961 hatte der Kantonsrat schliesslich ein offenes Ohr. 1971, kurz vor der Brandkatastrophe, bewilligte das Stimmvolk eine dritte psychiatrische Klinik in Embrach.

Psychiatrie im Umbruch

Trotz deplorable Zustände im sanitären Bereich war auch die überfällige Renovation des Burghölzli erst in den 1960er Jahren an die Hand genommen worden. Damit einher ging die Modernisierung der Psychiatrie. Das augenfälligste Symbol war der Abbruch der Anstaltsmauern um 1967/68. Den von der 68er-Bewegung geprägten Aufbruch zeichnen die Autoren nicht aufgrund von Akten und Publikationen nach. Stattdessen führten sie Gespräche mit 13 Ärzten und Psychiatriepflegern, die um 1970 im Burghölzli tätig waren. Deren Erinnerungen kondensieren sie im letzten Teil des Buchs zu einem anschaulichen Bild des sich wandelnden Umgangs mit den 500 Patienten, die im Burghölzli lebten.

Einige der Befragten waren in der Basisgruppe engagiert. Diese brachte die Kritik der antipsychiatrischen Bewegung in die Klinik ein, stiess aber damit nicht nur auf offene Ohren. Bei allen Differenzen sind sich jedoch die Befragten in einem Punkt überraschend einig: Die Aufbruchjahre im Burghölzli erlebten sie sehr positiv. Ambros Uchtenhagen, 1973 im Zuge der institutionellen Reformen zum Direktor der neu geschaffenen Sozialpsychiatrie ernannt, bezeichnet sie als die glücklichste Zeit seines Lebens.

Bis in die 1960er Jahre waren Messer und Gabeln aus Angst vor Verletzungen verboten. Auch das Tragen von Brillen war nicht erlaubt. Hingegen wurden bereits 1965 zwei geschlossene Abteilungen geöffnet. Im Rahmen eines Pilotversuchs durften einige Patienten einer Arbeit ausserhalb der Klinik nachgehen. Der Prozess der weiteren Öffnung und gesellschaftlichen Wiedereingliederung der Patienten war jedoch langwierig – obwohl man in der damaligen Hochkonjunktur sogar «schwerstgestörte Menschen in irgendwelchen Betrieben unterbringen konnte», wie sich der einstige Oberarzt Emanuel Hurwitz erinnert.

Die tiefgreifendste Veränderung im Klinikalltag brachte jedoch die pharmakologische Wende. Neuroleptika, Tranquilizer und Antidepressiva eröffneten vielen Patienten überhaupt erst therapeutische Möglichkeiten. Mit der Zeit verschwanden die «grossen Kuren» wie die Insulinschocktherapie, die Fieberkur oder die Elektroschockbehandlung. Bei den Schilderungen dieser Methoden nehmen die interviewten Pflegenden und Ärzte kein Blatt vor den Mund. Ebenso schonungslos berichten sie vom Umgang mit «widerspenstigen» Patienten. Laut Berthold Rothschild, der bis 1969 Oberarzt am Burghölzli war, wurden die «grossen Kuren» auch zur Disziplinierung eingesetzt. Um Patienten ruhigzustellen, schnitt man ihnen mitunter ein Stück Gehirn heraus.

Inzwischen sind die pharmakologischen, psychotherapeutischen und sozialen Therapieansätze selbstverständlich geworden. Selbst Jules Angst, der bis 1994 Forschungsdirektor war, warnt aber vor einem Überhandnehmen der Pharmakotherapie und der Verstärkung der biologischen Psychiatrie. «Man soll nicht nur Hirnforschung machen», sagt der 91-Jährige in diesem höchst aufschlussreichen Buch, das die Psychiatriegeschichte mit der Gegenwart verknüpft.

Sabine Jenzer, Willi Keller, Thomas Meier: Eingeschlossen – Alltag und Aufbruch in der psychiatrischen Klinik Burghölzli zur Zeit der Brandkatastrophe von 1971. Verlag Chronos, Zürich 2017. Fr. 48.–.

Polizeivorsteher hinterfragt auch Altersnennung

Wolff zeigt sich von Kritik unbeirrt

amü. · Dem alternativen Stadtrat Richard Wolff bläst ein steifer Wind entgegen: Sein Entscheid, die Nationalität von Tätern und Verdächtigen nur noch auf Anfrage mitzuteilen, wird hart kritisiert. Wolff zeigte sich am Sonntag davon unbeeindruckt. Als Wochengast des SRF-Regionaljournals sagte er, dass er von Medienschaffenden, aus der Politik und von der katholischen Kirche des Kantons Zürich positives Feedback erhalten habe. Der Polizeivorsteher denkt sogar bereits einen Schritt weiter. Explizit zur Altersnennung bei Verkehrsunfällen befragt – eine solche Nennung könnte Grundlage einer Diskriminierung von Senioren oder Jungen sein –, erklärte er, es könne durchaus «in Zukunft ein Thema» werden, dass das Alter in gewissen Fällen nicht mehr genannt werde. Allerdings: «Im Moment geht es um Ausländer und Nationalitäten. Vom gesellschaftlichen Umfeld her ist es eine ganz andere Situation.»

In gewissen Fällen werde man die Nationalität weiterhin nennen; als Bei-

Wolffs fragmentierter Blick

Kommentar auf Seite 11

spiel erwähnte Wolff im SRF-Regionaljournal die Demonstrationen von Kurden, die oft vor dem türkischen Konsulat stattfanden. Am 1. Mai werde künftig aber nur noch auf Nachfrage mitgeteilt, woher die Täter stammten. Bisher informierte die Stadtpolizei über die Herkunft von Personen aus anderen Kantonen oder aus dem Ausland, die mit der Polizei in Konflikt geraten waren.

Auch im Kantonsrat gibt Wolffs Entscheid derweil zu reden. SVP-Fraktionschef Jürg Trachsel (Richterswil) verurteilte die «Maulkorbpolitik» des städtischen Sicherheitsvorstehers am Montagmorgen in einer Erklärung namens seiner Fraktion scharf: «Mit seiner neuen Scheuklappenpolitik zieht sich Stadtrat Wolff auf sein rosa Plüschsofa im stadträtlichen Elfenbeinturm zurück und verweigert das Angehen und die Lösung bestehender Probleme.» Man wolle diese «Wolffsche Fehlentwicklung mit entsprechenden Vorstössen beseitigen». Wolffs Parteikollege Markus Bischoff, Fraktionschef der AL im Kantonsrat, widersprach der SVP heftig. Wolff gehöre eben nicht zu jener Gattung Politiker, die stets auf die nächsten Wahlen schielten. «Wir sind ausserordentlich stolz auf ihn.» Man wisse aus der Kriminalstatistik über die Problematik der Ausländerkriminalität genau Bescheid; mit der Nennung der Nationalität in jedem Einzelfall schüre man nur Ressentiments.

Trotz dem Wirbel glaubt Wolff nicht, dass ihm sein Entscheid bei den Wahlen 2018 schaden wird. Und er räumte gegenüber dem Regionaljournal alle Gerüchte aus, wonach er seine Position als Polizeivorsteher loswerden will: «Mir gefällt es im Sicherheitsdepartement.»

Baustart für Uetiker Gymi

wbt. · Bildungsdirektorin Silvia Steiner und Baudirektor Markus Kägi haben es sich am Montag nicht nehmen lassen, an der Grundsteinlegung für die provisorische Anlage der neuen Kantonsschule Uetikon am See mitzuwirken. Was auf der Riedstegwiese am Rande des Ortszentrums in den nächsten Monaten entstehen wird, ist in der Tat beeindruckend: Die Schulanlage für 500 Schülerinnen und Schüler umfasst zwei dreistöckige Holzmodulbauten, die vorgefertigt und vor Ort zusammengebaut werden. Darin untergebracht sind 20 normale Unterrichtszimmer, 10 Fachkundefzimmer sowie Räume für Instrumentalunterricht, Aufenthalt, Medien und Schulverwaltung. Bereits im kommenden Sommer nimmt die neue Kantonsschule den Betrieb darin auf.